

Frei will die Steuerzahler nun entlasten

Politik Der Vize der Unionsfraktion fordert Abschaffung des Soli und eine Reform bei der Unternehmenssteuer.

Villingen-Schwenningen. Im vergangenen Jahr hat die Bundesrepublik Gewinn gemacht. Der Überschuss liegt bei einem Rekordwert von 13,5 Milliarden Euro – und das trotz des schwachen Wirtschaftswachstums. „Dass wir auch das vergangene Jahr mit einem enormen Haushaltsüberschuss abgeschlossen haben, unterstreicht, wie gut und leistungsfähig Deutschland auch in schwierigerem konjunkturellen Umfeld dasteht“, meint der Bundestagsabgeordnete und Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thorsten Frei.

Credo ist richtig

Ein für alle Mal werde klar, dass das Credo der CDU Haushaltsdisziplin zu halten richtig und kein Investitionshemmnis sei. Es gebe unverändert genügend Spielräume für Investitionen.

Klar sei aber auch, dass die Bundesregierung in großer Verantwortung bei der Mittelverwendung stehe. Schließlich ist der Überschuss nichts anderes als das „hart verdiente Geld der Steuerzahler“. Deshalb müsse man nun zuallererst daran denken, sie zukünftig steuerlich weniger stark zu belasten, beispielsweise durch die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. „Daneben sollten wir das Geld nutzen, um in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu investieren, um unseren Wohlstand von morgen zu sichern.“

Reform für Unternehmen

Frei fordert eine Unternehmenssteuerreform, die die Wirtschaft mit einer Absenkung der Steuern auf 25 Prozent im globalen Wettbewerb stärkt. „Unsere Vorschläge liegen dazu auf dem Tisch. Das sichert Jobs und ist somit im Sinne aller Arbeitnehmer.“ Zum anderen seien „spürbare Investitionen in die Bundeswehr“ erforderlich, so wie es im Koalitionsvertrag mit der SPD im Falle von Zusatzeinnahmen verabredet sei. Gut ausgerüstete und handlungsfähige Streitkräfte sorgten für die Sicherheit des Landes: „Die gegenwärtige fragile Situation rund um Europa und die unverändert schwierige Materiallage bei der Truppe unterstreicht, wie wichtig die Einhaltung dieser Beschlüsse wäre. Dadurch wären wir in der Lage, unsere Freiheit und unsere Interessen aktiver zu vertreten“, meint Thorsten Frei.

Fonds flossen nicht ab

Dass der Bund auch 2019 wieder deutlich mehr Geld als erwartet in der Kasse behalten hat, geht nach Informationen aus Regierungskreisen auf drei Entwicklungen zurück. Die Steuereinnahmen fielen wieder höher aus als erwartet; die Zinszahlungen für den Schuldendienst wegen der extrem niedrigen und teilweise sogar negativen Zinsen dagegen um einige Milliarden Euro niedriger. Schließlich flossen erneut einige Milliarden Euro aus verschiedenen Sonderfonds der Bundesregierung nicht ab; das betrifft den Energie- und Klimafonds, die beiden Kommunalinvestitionsfonds, die unter anderem für Schulsanierungen aufgelegt sind, den Fonds für den Kita-Ausbau sowie den Digitalfonds, der für Schulen sowie den Glasfaserkabelausbau eingerichtet worden ist. Oft fehlen in den Kommunen die Voraussetzungen, um die Gelder verbauen zu können. SPD-Finanzminister Olaf Scholz warnt aber: Mit dem 2019er-Überschuss seien die fetten Jahre nun vorbei. *rat*